



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder,
Familie
am 29. Januar 2025
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Sebastian Rutten (FDP)

Anwesende Ausschussmitglieder:

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

Tagesordnung:

siehe Anlage 3

Veröffentlichung:

siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:04 Uhr

Ende: 19:01 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenlisten zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL Nrn. 01/25, 02/25)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 88 der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Öffentliche Sitzung

Stv. Oschmann anwesend bis Tagesordnungspunkt 4/I, anschließend ist die Fraktion FWG/Pro Auto nicht mehr im Ausschuss vertreten

Stv. Vogel anwesend bis Tagesordnungspunkt 4/I

Stv. Wardak nicht anwesend, somit ist die Fraktion BLW/ULW/Wardak nicht im Ausschuss vertreten

Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Einladung zur Sitzung.

Tagesordnung I

0001 Tagesordnung

Einstimmig (unverändert)

0002 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 04.12.2024

Bei Enthaltung von Stv. Dr. Michna **genehmigt**

0003 24-F-63-0070

Teilhabe von Geduldeten und Gestatteten

- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 21.08.2024 -

- Beschluss Nr. 0086 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 11.09.2024 -

Protokollnotiz

Herr Prof. Dr. habil. Ilker Ataç von der Hochschule Fulda ist hierzu anwesend.

Er präsentiert den Ausschussmitgliedern die Ergebnisse einer qualitativen Forschung zum Thema "Kommunale Gestaltungsräume in der Teilhabe für geduldete Jugendliche und junge Erwachsene".

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie am 29. Januar 2025

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Hierbei gewährt er einen Überblick über die Zahlen der Geduldeten sowie deren Lebenssituationen und benennt die einschlägigen Paragraphen § 25a, § 25b sowie § 104c des Aufenthaltsgesetzes.

Die verschiedenen Hürden am Arbeitsmarkt für qualifizierte Beschäftigung werden skizziert und daraus Chancen sowie kommunale Handlungsmöglichkeiten abgeleitet.

Prof. Dr. habil. Ataç betont die auszuübenden Entscheidungs- und Ermessensspielräume der Ausländerbehörden, die bei der Teilhabe als integrationspolitischer Akteur fungieren können.

Im Anschluss erfolgt ein Austausch u. a. zu

- den Chancen und Vorteilen des Aufenthaltsrechts vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels und im Sinne des Berufsausbildungsgesetzes
- Herausforderungen bei der Integration aufgrund von Bürokratie
- Einsatzmöglichkeiten der angesprochenen Ombudsstellen
- die Rolle von Identitätsfeststellungen

Stadträtin Löbcke berichtet, dass das angelaufene Projekt in Wiesbaden nicht nur die 310 Geduldeten, sondern auch die 1279 Gestatteten umfasst.

Ziel ist es, mit den vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten des § 25a, § 25b und § 104c Aufenthaltsgesetz, allen durch den Zugang zu Arbeit und Ausbildung eine gute Bleibeperspektive mit sicherem Aufenthalt aufzuzeigen. Dies sei auch im Bereich der Gesundheitsversorgung sinnvoll und entlaste die Kommunen.

Die Ausländerbehörde werde eine Vorprüfung vornehmen, welche Personen hierfür in Frage kämen und steht sodann in engem Austausch mit dem Sozialleistungs- und Jobcenter sowie dem Hessischen Flüchtlingsrat.

Ausweislich der Gespräche aus dem Lenkungskreis mit dem Industriebeirat und der Handelskammer ist eine große Offenheit in der Wirtschaft für Fach-/Arbeitskräfte vorhanden.

Stadträtin Löbcke sagt zu, die Zahlen der Personen, die sich derzeit in Beschäftigungs- und Ausbildungsduldung befinden, nachzureichen.

Stellv. Vorsitzender von Seemen würde ein Folgeforschungsprojekt am Beispiel der Stadt Wiesbaden begrüßen.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0004 25-F-22-0002

Situation der Pflege in Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 22.01.2025 -

Es werden die folgenden Ergänzungsanträge gestellt:

Der Magistrat wird gebeten, über die Situation in der Pflege zu berichten, insbesondere

1. - 5. (...)

6. über die Anzahl der aktiv pflegenden sowie die zu pflegenden Personen mit Migrationshintergrund (Stv. Apel)

7. über die Anzahl der Plätze im geschützten Bereich (Stv. Braun)

8. darüber, ob die bisherige Aufenthaltsdauer in Wiesbaden bei der Aufnahme in eine Pflegeeinrichtung eine Rolle spielt (Stv. Oschmann)

Einstimmig in geänderter Fassung **angenommen**

0005 25-F-10-0002

Reinigung von Gemeinschaftsunterkünften
- Antrag der AfD-Fraktion vom 13.01.2025 -

Protokollnotiz

Stadträtin Dr. Becher berichtet, dass die Reinigung in Gemeinschaftsunterkünften von

- den Bewohnenden genutzten Räumlichkeiten durch diese selbst vorgenommen werden
- Gemeinschaftsräumen durch Putzpläne erfolgt, die durch die Sozialarbeit unterstellt und nachgehalten werden
- Büroarbeitsplätzen durch externe Reinigungsunternehmen in Zusammenarbeit mit dem Reinigungsmanagement beim Hochbauamt geleistet wird

Sie bejaht zu Beschlusspunkt 3 des Antrages, dass es Bewohnende gibt, die gemeinnützige Arbeit nach § 5 AsylbLG leisten.

Der Antrag ist **durch Aussprache erledigt** (einstimmig)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0006 24-I-30-0015

Einführung Bezahlkarte

- Beschluss Nr. 0053 des Ausländerbeirats vom 23.09.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 15.11.2024 -
- Beschluss Nr. 0139 des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie vom 04.12.2024 -

Es besteht Einvernehmen, das Thema sowie alle vorliegenden Beratungsgegenstände (Weisungen des HMSI, Berichte des Dezernats VI und Stellungnahme des Rechtsamts) in öffentlicher Sitzung zu beraten.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt und der Ausländerbeirat sprechen sich gegen eine Bargeldgrenze aus.

Eine unbegrenzte Bargeldgrenze verbessere die soziale Teilhabe, ermögliche eine effektivere Integration und Entbürokratisierung. Die Stadt solle sich daher mit dem RP Gießen in Verbindung setzen.

Vorsitzender Rutten betont die eigentliche, vorrangige Idee der Karte und verweist auf den § 6 Abs. 1 AsylbLG. Nach diesem bestünde stets die Möglichkeit, im Rahmen einer Einzelfallprüfung die Bargeldgrenze bedarfsgerecht auszuweiten. Ferner müsste sich an der strukturellen Einsatzfähigkeit der Karte orientiert werden.

Stadträtin Dr. Becher teilt mit, dass das Sozialleistungs- und Jobcenter nicht über ausreichend vorhandenes Personal verfügt, um Einzelfallprüfungen vorzunehmen zu können.

Die Stadt stehe bezüglich der Detailfragen mit der Koordinierungsstelle und dem HMSI in Kontakt. Es soll der Ermessensspielraum geprüft werden, um potentiellen Klageverfahren so zuvorzukommen und rechtssicheres Handeln zu ermöglichen.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt stellen den folgenden Antrag:

„Der Sozialausschuss bittet den Magistrat:

1. Die Stellungnahme des Rechtsamtes zur Bezahlkarte zu veröffentlichen
2. Das in der Antwort zu Ziffer 1 der Stellungnahme aufgezeigte Abstimmungsverfahren mit dem RP Gießen einzuleiten
3. Darauf hinzuwirken, dass in Wiesbaden eine unbegrenzte Bargeldabhebung möglich ist“

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vorsitzender Rutten beantragt eine getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2, 3 des vorliegenden Antrags:

Ziffer 1 - einstimmig

Ziffern 2 und 3 - dafür: Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke, Volt, dagegen: CDU, FDP, AfD

somit wird der Antrag in Gänze **angenommen**

0007 25-A-79-0001

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

Protokollnotiz

Stadträtin Dr. Becher berichtet, dass eine Wohnbebauung in der Unterbringungsunterkunft Kastel Housing durch die GWW entstehen wird. Die Kündigungen seien erfolgt, der zuständige Ortsbeirat sowie die Bewohnenden wurden im Rahmen von Hausversammlungen darüber informiert. Man achte bei der weiteren Unterbringung auf die familiären, sozialen Strukturen.

Zum 31.07.2025 kündigt das Sozialleistungs- und Jobcenter die Anmietung der Hans-Bredow-Straße 1, 3 bei der SEG. Die Verwaltung versuche, analog Kastel Housing, die Personen sukzessive im Stadtgebiet unterzubringen. Der Ortsbeirat wurde hierüber in Kenntnis gesetzt. Nach dem aktuellen Stand der Belegungszahlen von max. 200, wird die Unterkunft in der Lessingstraße nicht tangiert.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0008 Verschiedenes

Protokollnotiz

Stv. Weck berichtet, dass im Ausschuss für Frauen, Gleichstellung und Sicherheit am 28.01.2025 ein Antrag zum Thema weibliche Wohnungslose beraten wurde. In der nächsten Sitzung des Ausschusses am 18.03.2025 werden die Sozialausschussmitglieder eingeladen, sich an der Debatte informell zu beteiligen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vorsitzender Rutten informiert den Ausschuss darüber, dass das Jahresgespräch mit dem Arbeitskreis Inklusion und Barrierefreiheit vor der nächsten Ausschusssitzung am 19.03.2025, von 16.00 bis 17.00 Uhr stattfindet.

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Tagesordnung II

0009 24-F-15-0009

AZUBI-Wohnheime vorantreiben
- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 28.02.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 03.12.2024 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0010 24-F-22-0075

Teilhabeassistenz
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 26.11.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 13.01.2025 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0011 24-F-63-0013

Feindliches Stadtdesign auf Flächen der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 28.02.2024 -
- Bericht des Dezernates V vom 30.12.2024 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0012 24-I-30-0012

Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und Wartung von Gasthermen in privaten und städtischen Mietwohnungen
- Beschluss Nr. 0038 des Ausländerbeirats vom 10.07.2024 -
- Bericht des Dezernates VI vom 19.11.2024 -

Einstimmig (Kenntnisnahme)

0013 24-V-50-0017

Bericht "Geflüchtete Menschen in Wiesbaden - Daten, Hintergründe und zentrale Aspekte der Unterbringung" 2024

Einstimmig

0014 24-V-50-0018

Bericht "Wohnungslos in Wiesbaden - Daten, Hintergründe und zentrale Aspekte der Unterbringung" 2024

Einstimmig

0015 24-V-51-0024

Wohnungsbauprogramm 2024

Enthaltung CDU

Protokollnotiz CDU

"Die CDU-Fraktion stimmt mit "Enthaltung". Selbstverständlich muss es eine Sitzungsvorlage zu diesem Thema geben und es werden geförderte Wohnungen benötigt. Da wir jedoch die Anteile der geförderten Wohnungen für zu hoch halten (insbesondere weil oftmals nur Förderung für geringe Einkommen angeboten wird), können wir der Sitzungsvorlage nicht zustimmen."

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0016 24-V-51-0034

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Neubau einer Kindertagesstätte im Nelkenweg 4 in Dotzheim/Freudenberg durch EVIM

Einstimmig

0017 24-V-51-0035

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Umbau und Erweiterung der Kindertagesstätte Schatzkiste durch den Internationalen Bund

Einstimmig

0018 24-V-51-0042

Bericht Ausbau Ganztage

Einstimmig

0019 24-V-51-0043

Geschäftsbericht der Schulsozialarbeit Jugend in Wiesbaden für die Jahre 2022 und 2023

Einstimmig

0020 24-V-51-0044

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Grundsatzvorlage zur Errichtung einer 7-gruppigen Kindertagesstätte im Wohngebiet Lindequartier in Kostheim

Einstimmig

Seite 10 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie am 29. Januar 2025

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0021	25-V-51-0001	
------	--------------	--

Nachwahlen Mitglieder Jugendhilfeausschuss (JHA)

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .02.2025

Vorsitzender

Schriftführerin

Sebastian Rutten

Gabriella Wenzel